

## – Pressemitteilung –

### **Internationaler Diskriminierungsbericht muss als Weckruf wirken**

Report zur weltweiten Diskriminierung nichtreligiöser Menschen: KORSO-Vorsitzender Frieder Otto Wolf sieht Konfessionsfreie in der Pflicht zum politischen Handeln.

#### **Pressemitteilung vom 10. Dezember 2012**

„Wenn die Diskriminierung konfessionsfreier Menschen in unserem Land und weltweit ein Ende finden soll, bleibt ein organisiert angelegtes politisches Handeln unvermeidbar“, hat heute Frieder Otto Wolf, Vorsitzender des Koordinierungsrates säkularer Organisation, in Berlin betont.

Zuvor war von der Internationalen Humanistischen und Ethischen Union (IHEU) zum diesjährigen Tag der Menschenrechte erstmals ein Bericht über die weltweite Diskriminierung und Verfolgung nichtreligiöser Menschen veröffentlicht worden.

Die IHEU ist ein internationaler Dachverband von mehr als 120 säkularen und humanistischen Organisationen aus über 40 Ländern. Der Humanistische Verband Deutschlands sowie der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften, beide Mitglied im KORSO, sind Teil der IHEU.

Der Bericht *Freedom of Thought 2012*<sup>1</sup> dokumentiert gesetzliche Regelungen und konkrete Vorfälle aus rund 60 Staaten, bei denen die Rechte nichtreligiöser Menschen aus Artikel 18 und 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen beschränkt, ihre Wahrnehmung mit teils drastischen Sanktionen belegt oder negiert wird.

Wolf erinnerte zunächst, dass die Menschenrechte immer nur für Menschen gelten können und nicht für religiöse Vorstellungen oder Glaubenssysteme. „Zu dieser Einsicht im Widerspruch steht die Lebenswirklichkeit in Dutzenden Ländern, wo nichtreligiöse oder konfessionsfreie Menschen aufgrund ihrer abweichenden Überzeugungen oder kritischen Äußerungen unter Benachteiligungen, staatlichen und gesellschaftlichen Repressionen oder sogar tödlicher Gewalt leiden.“

Gesetze zur Bestrafung atheistischer oder andersgläubiger Ansichten und der Kritik an religiösen Ideen sowie zur Privilegierung einzelner Konfessionen oder Religionsgemeinschaften bilden fast überall ein maßgebliches Fundament, so Wolf.

Doch trotzdem Strukturen sozialer, staatlicher und gesetzlicher Repression gegen die offen auftretenden Überzeugungen nichtgläubiger und nichtreligiöser Menschen in den

---

<sup>1</sup> <http://www.iheu.org/new-global-report-discrimination-against-nonreligious>

verschiedenen Ländern ähnlich erscheinen könnten, sei die Lage in Deutschland und Europa nicht mit der in vielen anderen Staaten außerhalb Mitteleuropas gleichzusetzen.

„Wir können unter weitaus freieren Bedingungen handeln als dies in vielen anderen Ländern möglich ist. Und mit dieser Freiheit sollte auch ein Bewusstsein für die eigene Verantwortung bei denjenigen verbunden sein, welchen die hiesige und weltweite Diskriminierung nichtreligiöser Menschen nicht gleichgültig ist“, so Wolf weiter.

Er verwies ferner auf die Tatsache, dass auch in den relativ freiheitlichen und säkularen Gesellschaften den organisierten Interessen der Anhänger traditioneller Konfessionen bislang keine annähernd vergleichbaren Gemeinschaften und Netzwerke gegenüber stehen.

„Konfessionsfreie und nichtreligiöse Menschen sollten sich hier durchaus fragen, auf welcher Basis eine politische Wirkung in ihrem Sinne entfaltet werden soll, mit der ein Abbau von vorhandenen Benachteiligungen effektiv ermöglicht wird.“

Das Eintreten für die Menschenrechte müsse jedenfalls stets den Aufruf zum politischen Handeln enthalten und „Politik erfordert in demokratischen Systemen eben auch eine gewisse Organisation von eigenen Interessen.“

Frieder Otto Wolf erinnerte hier: „Wie wenig selbst konfessionsfreie Mehrheiten ohne eine weltanschauliche und politische Interessenvertretung zum Abbau von Benachteiligungen der eigenen Gruppe im Stande sind, wird uns in den neuen Bundesländern vor Augen geführt. Daher muss der erste Bericht der IHEU zu den weltweit vorzufindenden Benachteiligungen der nichtreligiösen Menschen als ein neuer Weckruf dienen, nicht nur auf medialer, sondern auch auf der Ebene einer organisiert angelegten Verteidigung von gemeinsamen Interessen und Anliegen.“